

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine des Netzwerks der Berliner Koordinierungsstellen für Bildung zu Natur, Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine und für Ihr langjähriges Engagement für Bildung zu Natur, Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit in Berlin. Außerschulische Lernorte, Vereine, Initiativen und engagierte Fachkräfte können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Wissen zu vermitteln, Eigenverantwortung zu stärken und Natur unmittelbar erfahrbar zu machen.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Fragen wie folgt.

1. Die Bildungslandschaft für Natur, Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit ist vielfältig, aber oft unterfinanziert. Wie wollen Sie deren Ressourcen sichern und die Trägervielfalt in Berlin nachhaltig fördern?

Für uns Freie Demokraten ist eine vielfältige Bildungslandschaft grundsätzlich eine Stärke. Unterschiedliche Träger, pädagogische Ansätze und Lernorte schaffen Wahlmöglichkeiten und ermöglichen Angebote, die staatliche Einrichtungen allein weder in derselben Breite noch mit derselben fachlichen Spezialisierung vorhalten könnten. In unserem Grundsatzprogramm formulieren wir deshalb ausdrücklich, dass unterschiedliche Einrichtungsformen gleichbehandelt werden sollen und Einrichtungen in freier Trägerschaft unbürokratisch möglich sein müssen.

Für die Umweltbildung bedeutet das aus unserer Sicht zunächst: Förderbedingungen müssen trägeroffen, transparent und verlässlich sein. Kleine Vereine, Initiativen oder freiberuflich organisierte Angebote dürfen nicht allein deshalb benachteiligt werden, weil sie nicht über große Verwaltungsapparate verfügen. Förderverfahren müssen deshalb einfacher, digitaler und mit einem angemessenen Verhältnis zwischen Nachweispflichten und Fördersumme ausgestaltet werden.

Dabei verbinden wir finanzielle Verlässlichkeit mit einem klaren Anspruch an Wirksamkeit und Qualität. Öffentliche Mittel sind begrenzt. Wir wollen sie daher nach nachvollziehbaren Kriterien vergeben und regelmäßig daraufhin prüfen, ob mit ihnen die vereinbarten Ziele tatsächlich erreicht werden. Dauerhafte Aufgaben brauchen dabei

andere Finanzierungsinstrumente als zeitlich begrenzte Modell- oder Innovationsprojekte.

Gerade die Vielfalt der Berliner Akteure wollen wir erhalten. Das entspricht auch unserem grundsätzlichen Ansatz, zivilgesellschaftliches Engagement nicht durch immer neue Vorgaben zu ersetzen, sondern ihm Freiräume zu geben. Im öffentlichen Raum wollen wir beispielsweise private und zivilgesellschaftliche Initiativen ausdrücklich stärker einbeziehen und ihnen eine rechtssichere und möglichst unbürokratische Mitwirkung an der Pflege von Grünflächen und Straßenbäumen ermöglichen.

2. Werden Sie eine Umwandlung der Umweltbildung von der Projektfinanzierung hin zu einer verlässlichen institutionellen Förderung unterstützen, um der Tatsache gerecht zu werden, dass diese Arbeit ein wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist?

Wir teilen die Einschätzung, dass Bildungsangebote außerhalb klassischer Bildungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zu Wissen, gesellschaftlicher Teilhabe und eigenverantwortlichem Handeln leisten können. Eine pauschale Umwandlung sämtlicher Projektförderung in institutionelle Förderung halten wir allerdings nicht für den richtigen Weg.

Projekt- und institutionelle Förderung erfüllen unterschiedliche Aufgaben. Projektförderung ist dort sinnvoll, wo neue Ansätze ausprobiert werden, zeitlich begrenzte Vorhaben stattfinden oder innovative Formate entwickelt werden. Werden dagegen über viele Jahre hinweg nachweislich dauerhaft benötigte Aufgaben wahrgenommen, ist es weder für die Träger noch für die Verwaltung überzeugend, dieselbe Tätigkeit immer wieder künstlich als kurzfristiges Projekt zu behandeln.

Diesen Grundsatz vertreten wir auch in unserem Wahlprogramm bei der Kulturförderung: Dort wollen wir klare Kriterien für institutionelle und projektbezogene Förderung und sprechen uns dafür aus, dauerhafte, faktisch institutionelle Tätigkeiten nicht über immer neue Projektanträge zu finanzieren. Zugleich muss die Verwendung öffentlicher Mittel transparent und auf ihre Wirksamkeit überprüfbar sein.

Diesen Ansatz halten wir auch im Bereich der Umweltbildung für sachgerecht: Wo eine dauerhafte Aufgabe, ein belastbarer Bedarf und nachgewiesene Qualität bestehen, sollte eine längerfristige Finanzierung möglich sein. Institutionelle Förderung darf dabei jedoch kein Automatismus allein aufgrund der bisherigen Förderdauer sein. Sie benötigt transparente Zugangskriterien, überprüfbare Ziele und eine regelmäßige Evaluation. So verbinden wir Planungssicherheit für bewährte Strukturen mit der notwendigen Offenheit für neue Akteure und neue Ideen.

3. Die Koordinierungsstellen, die seit 7 Jahren erfolgreiche Bildungs- und Vernetzungsarbeit in Berlin leisten, haben bis heute keine langfristige Planungssicherheit für ihr Weiterbestehen. Welche Strategie verfolgt Ihre Partei in diesem Punkt?

Für dauerhaft wahrgenommene öffentliche Aufgaben brauchen Berlin und die jeweiligen Träger verlässliche Entscheidungen anstelle einer permanenten Verlängerung kurzfristiger Übergangslösungen. Deshalb wollen wir auch bei den Koordinierungsstellen eine nachvollziehbare Entscheidung anhand ihrer Aufgaben, ihrer tatsächlichen Nutzung, ihrer Vernetzungsleistung und ihrer nachgewiesenen Wirkung treffen.

Erweist sich eine Struktur nach diesen Kriterien als dauerhaft erforderlich und leistungsfähig, sollte ihre Finanzierung so organisiert werden, dass nicht Jahr für Jahr erhebliche Arbeitszeit für dieselbe Förderbeantragung gebunden wird. Mehrjährige Vereinbarungen oder – bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen – institutionelle Förderformen können hierfür geeignete Instrumente sein. Ebenso wichtig sind jedoch klare Leistungsbeschreibungen und eine transparente Erfolgskontrolle.

Planungssicherheit und Haushaltsverantwortung sind für uns keine Gegensätze. Gerade ein verlässlicher Rahmen ermöglicht es Trägern, Personal zu halten, Kooperationen längerfristig aufzubauen und ihre fachliche Arbeit stärker auf die eigentliche Aufgabe statt auf wiederkehrende Förderbürokratie zu konzentrieren. Gleichzeitig muss das Land regelmäßig überprüfen, ob Strukturen noch notwendig sind, ob Aufgaben doppelt wahrgenommen werden und ob die eingesetzten Mittel tatsächlich bei den Bildungsangeboten ankommen.

Unser Ziel wäre daher ein transparentes, auf mehrere Jahre ausgerichtetes Förder- und Steuerungsmodell für nachweislich dauerhaft benötigte Koordinierungsleistungen – mit klarer Aufgabenbeschreibung, nachvollziehbaren Qualitätsmaßstäben und möglichst geringem Verwaltungsaufwand.

4. Ressortgrenzen behindern oft wirksame Projekte und lassen Synergien ungenutzt, die für nachhaltige Erfolge im Bildungsbereich jedoch erforderlich sind. Mit welchen Instrumenten wollen Sie die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit in Berlin stärken?

Hier sehen wir ein grundsätzliches Strukturproblem der Berliner Verwaltung. Wenn ein Vorhaben nur deshalb langsamer oder schlechter funktioniert, weil mehrere Verwaltungen dieselbe Sache aus unterschiedlichen Perspektiven bearbeiten, ist nicht zusätzliche Koordination die überzeugende Antwort, sondern eine klare Zuordnung von Verantwortung.

Wir wollen deshalb Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten konsequent abbauen. In unserem Wahlprogramm sehen wir vor, für Verwaltungsverfahren eine federführende

Stelle mit klarer Gesamtverantwortung festzulegen – nach dem Prinzip „one face to the customer“. Zudem wollen wir die bezirklichen Verwaltungen perspektivisch in eine einheitliche Landesverwaltung überführen, um parallele Zuständigkeiten und unterschiedliche Vollzugspraxen innerhalb einer Stadt zu beenden.

Für ressortübergreifende Digital- und Modernisierungsvorhaben wollen wir außerdem die Position des Chief Digital Officer zu einer tatsächlich durchsetzungsfähigen Steuerungsinstanz entwickeln. Dazu gehören verbindliche ressortübergreifende Kompetenzen, zentral gebündelte Budgets, einheitliche Daten- und IT-Standards sowie überprüfbare Ziele und Zeitpläne. Auch das Berichts- und Informationswesen wollen wir stärker datenbasiert organisieren.

Auf Bildungs-, Umwelt- oder Klimaprojekte übertragen bedeutet das: Nicht jeder beteiligte Verwaltungsbereich sollte ein eigenes Verfahren und eigene Berichtssysteme etablieren. Wo mehrere Ressorts beteiligt sind, braucht es eine eindeutig benannte federführende Stelle, gemeinsame Ziele, einen gemeinsamen Datenstand und eine Entscheidungskompetenz, die Zuständigkeitskonflikte tatsächlich auflösen kann.

5. Soziale Teilhabe ist ein zentrales Anliegen der Umweltbildung. Welche Strategie verfolgt Ihre Partei, um Umwelt- und Bildungsgerechtigkeit in Berlin, speziell in sozial benachteiligten Stadtquartieren, herzustellen?

Bildungschancen dürfen nicht vom Elternhaus oder vom Wohnort eines Kindes abhängen. Deshalb stellen wir Chancengerechtigkeit in den Mittelpunkt unserer Bildungspolitik: Wir wollen nicht überall zwangsläufig dasselbe Angebot, sondern dort zusätzliche Unterstützung ermöglichen, wo der tatsächliche Bedarf höher ist. Unser Wahlprogramm sieht unter anderem zusätzliche Budgets für Schulen in besonders integrationsintensiven Stadtteilen vor. Zugleich sollen freie Schulen, die verstärkt Kinder aus benachteiligten Haushalten aufnehmen, gezielt unterstützt werden, um soziale Selektion zu vermeiden.

Dieses Verständnis lässt sich auch auf außerschulische Bildungsangebote übertragen. Entscheidend ist für uns, Zugangshürden dort gezielt abzubauen, wo sie tatsächlich bestehen. Angebote sollten Schulen, Kitas und andere Einrichtungen vor Ort möglichst unkompliziert erreichen können. Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und außerschulischen Trägern können dabei besonders wirkungsvoll sein, weil sie Kinder erreichen, die entsprechende Angebote über das Elternhaus möglicherweise nicht von selbst nutzen würden.

Bei dem Begriff der Umweltgerechtigkeit würden wir allerdings davor warnen, soziale und ökologische Fragen ausschließlich über immer neue Förderkulissen oder starre Gebietskategorien zu bearbeiten. Entscheidend sind für uns die tatsächlichen

Lebensbedingungen: gepflegte Parks, erreichbare Grünflächen, saubere öffentliche Räume und gute Bildungsangebote müssen in ganz Berlin selbstverständlich sein.

Deshalb wollen wir die Mittel für Pflege von Parks, Straßen und Plätzen stärken, die Qualität der Grünflächen erhöhen, Straßenbäume kontinuierlich pflegen und nachpflanzen und zugleich lokale Initiativen stärker einbeziehen. Gute Umweltbedingungen und gute Bildung dürfen in Berlin keine Frage der Postleitzahl sein.

6. Stadtnatur ist für die Lebensqualität, die Gesundheit und die Klimaanpassung in urbanen Räumen von essenzieller Bedeutung, leidet aber unter Nutzungskonflikten. Wie wollen Sie sicherstellen, dass der Erhalt und Ausbau der Grünflächen und grünen Lernorte bei städtischen Planungsvorhaben verbindlich gewährleistet ist?

Wir messen Stadtnatur einen hohen Wert für Lebensqualität, Erholung, Artenvielfalt und das Stadtklima bei. Unser Grundsatzprogramm sieht deshalb ein dauerhaft gesichertes Netz zusammenhängender Biotope und hochwertiger Grünanlagen vor. Flächen mit besonders hohem Wert für Umwelt und Natur sollen langfristig gesichert, soweit möglich miteinander vernetzt und bei entsprechendem Schutzbedarf auch rechtlich als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete abgesichert werden. Die Planung soll dabei ausdrücklich stadtweit und bezirksübergreifend erfolgen.

Auch in unserm Wahlprogramm setzen wir konkrete Schwerpunkte: Parks, Grünflächen und Straßenbäume sollen erhalten und qualitativ verbessert werden. Für Pflege und Bewässerung wollen wir ausreichende Ressourcen bereitstellen. Beim Regenwassermanagement setzen wir unter anderem auf Dach- und Fassadenbegrünung, zusätzliche Versickerungsmöglichkeiten sowie die Nutzung von Regenwasser zur Bewässerung von Bäumen und Grünanlagen.

Wir sehen allerdings einen Unterschied zwischen dem dauerhaften Schutz ökologisch besonders wertvoller Flächen und einem generellen Veränderungsverbot für bestehende Flächennutzungen. Berlin benötigt gleichzeitig Wohnungen, Schulen, Verkehrsinfrastruktur, Gewerbeflächen und soziale Infrastruktur. Diese Ziele müssen in einer wachsenden Metropole miteinander in Einklang gebracht werden. Wir halten es deshalb nicht für richtig, jeden Nutzungskonflikt abstrakt und unabhängig von der konkreten Fläche vorab zugunsten des bestehenden Zustands zu entscheiden.

Unser Ansatz ist vielmehr, hochwertige Naturflächen dauerhaft zu sichern, Grün- und Freiräume bei neuen Quartieren von Anfang an mitzudenken und zugleich eine kompakte, gut erschlossene und gemischte Stadtentwicklung zu ermöglichen. Gerade eine vorausschauende gesamtstädtische Planung kann verhindern, dass Wohnungsbau, Klimaanpassung und Stadtnatur immer erst am einzelnen Bauvorhaben gegeneinander ausgespielt werden.

Grüne Lernorte profitieren dabei vor allem von dauerhaft gut gepflegten und erreichbaren Grünflächen sowie von verlässlichen Kooperationen mit Schulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen. Stadtnatur soll nicht nur auf dem Plan existieren, sondern für die Berliner tatsächlich zugänglich, erlebbar und von hoher Qualität sein.

Wir danken Ihnen nochmals für Ihre Anfrage und für Ihre Arbeit in den Berliner Bezirken. Für einen weiteren fachlichen und persönlichen Austausch über die Zukunft der Umweltbildung, der Stadtnatur und der Bildungslandschaft in Berlin stehen wir Ihnen sehr gern zur Verfügung. Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin